

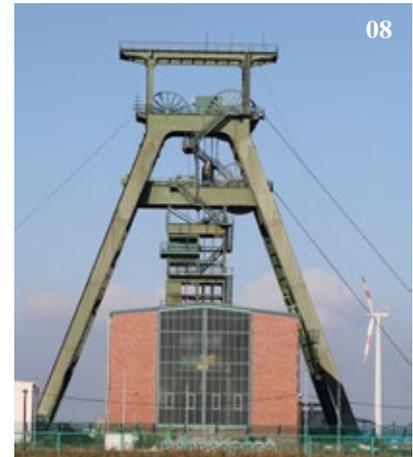
Asse Einblicke

Nr. 32



Konzentration – eine passende Beschreibung für die bevorstehenden organisatorischen Veränderungen im Endlagerbereich, die auch die Schachanlage Asse II betreffen. Der Betrieb des Bergwerks, bisher auf das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) als verantwortlicher Betreiber und die Asse-GmbH als Betriebsgesellschaft verteilt, wird zukünftig in der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) zusammengefasst. Das bundeseigene Unternehmen übernimmt gleichzeitig auch den Betrieb des Endlagers Konrad, die Stilllegung des Endlagers Morsleben sowie die Offenhaltung des Bergwerks Gorleben. Die bisherige Endlagerüberwachung beim BfS wird Teil der neuen Atomaufsicht, die zukünftig durch das neue Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE) wahrgenommen wird.

Mehr Effizienz, klarere Zuständigkeiten und eine Bündelung der Kräfte, das sind die Ziele der Neuorganisation, für die sich der Präsident des BfS seit Jahren eingesetzt hatte. Sie soll nicht nur die Projekte Asse, Konrad und Morsleben voranbringen, sondern auch die Basis der Standortsuche für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle bilden. Einfach gesagt: Es gibt eine Konzentration auf das Wesentliche, über die in dieser Ausgabe mit Reportagen, Interviews und einer Infografik informiert wird. Eine Information, die es auch in Zukunft geben wird, um die Bürgerinnen und Bürger am wichtigen Prozess der Endlagersuche und an der Stilllegung der Schachanlage Asse teilhaben zu lassen.



- 03 Ein Bild und was dahintersteckt**
Ohne den Hauptgrubenlüfter wäre der Betrieb in der Asse nicht möglich
- 04 „Die Endlagersuche ist nichts für knappe Mehrheiten“**
Ein Gespräch zwischen dem BfE-Präsidenten Wolfram König und Ursula Heinen-Esser, Geschäftsführerin der BGE, über effektive Bürgerbeteiligung und die neue Behördenstruktur
- 07 Wie die Endlagerung in Deutschland geordnet wird**
Alle Behörden auf einen Blick: Die Infografik macht deutlich, wer zukünftig für was zuständig ist
- 08 So nah, so fern**
Asse, Morsleben und Konrad liegen unweit voneinander entfernt. Bericht einer Reise

Impressum

ASSE EINBLICKE Informationsschrift über die Schachanlage Asse II / HERAUSGEBER: Bundesamt für Strahlenschutz (BfS), V.i.S.d.P.: Manuel Wilmanns, Info Asse, Am Walde 1, 38319 Remlingen, www.asse.bund.de
VERLAG: DUMMY Verlag GmbH / GESTALTUNG: zmyk.de / ILLUSTRATIONEN: Jindrich Novotny / FOTOS: Felix Brüggemann, Janosch Gruschezyk, Michael Jungblut/laif, picture alliance/ZB, picture alliance/dpa / DRUCK: Bonifatius Druck, Paderborn
Die ASSE EINBLICKE sind auf einem FSC®-zertifiziertem Papier unter Verwendung von Altpapier und wiederaufforstbaren Rohstoffen gedruckt und klimaneutral. Die durch die Herstellung verursachten Treibhausgasemissionen wurden durch Investition in das Klimaschutzprojekt „Wasserkraft, Pueblo Nuevo Viñas, Guatemala“ kompensiert.



Druck | ID 53323-1601-1018

Ein Bild und was dahintersteckt



Die „Lunge“ der Schachanlage: Der Hauptgrubenlüfter auf der 490-Meter-Ebene garantiert den Austausch der Luft zwischen unter und über Tage

Die meisten, die die Schachanlage Asse besucht haben, haben die Vorgängerin dieser Maschine nur für einen kurzen Moment wahrgenommen, ihr aber nicht weiter Beachtung geschenkt. Sie stand etwas versteckt in einem dunklen Winkel in 490 Metern Tiefe und erzeugte einen stetigen Geräuschpegel. Besucher wurden von dort gleich weitergeleitet, da die Gespräche im Lärm untergingen.

Dabei ist die Maschine für das Bergwerk so wichtig wie die Lunge zum Atmen. Kein Betrieb ohne Hauptgrubenlüfter. Der Ventilator erzeugt unter Tage einen Unterdruck. Luft strömt so über den Schacht ins Innere des Bergwerks. Die erwärmte und verbrauchte Luft zieht über einen getrennten Bereich im Schacht wieder nach außen. Rund 4.800 Kubikmeter Luft pro Minute „atmet“ der Grubenlüfter. Der alte Gruben-

lüfter wurde vor Kurzem ausgebaut und durch den neuen ersetzt. Dieser hat nicht nur einen größeren Wirkungsgrad, sondern arbeitet auch leiser, vor allem durch die neue Schallschutzkulissee. Da durch den Gebirgsdruck der alte Standort eng und brüchig geworden war, haben Bergleute das Umfeld saniert. Knapp ein Jahr dauerten die Umbauten. Und sie sichern den weiteren Betrieb der Schachanlage für die nächsten Jahrzehnte.

„Die Endlagersuche ist nichts für knappe Mehrheiten“

Der Betrieb der Asse, von Morsleben und Konrad ist eine nationale Aufgabe – ebenso wie die Suche nach einem Standort für ein Endlager. Eine neue Behördenstruktur soll dafür sorgen, dass diese Aufgaben effizienter gelöst werden. Die Geschäftsführerin der neuen Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE), Ursula Heinen-Esser, und der Präsident des neuen Bundesamtes für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE), Wolfram König, sprechen über ihren Optimismus – aber auch über Herausforderungen

Interview

Asse Einblicke: In den vergangenen Monaten konnte man im Internet den Bericht der Endlagerkommission lesen, vor allem aber auch kommentieren. Allzu viele Bürger haben davon keinen Gebrauch gemacht. Droht das Szenario: Stell dir vor, es wird ein Endlager gesucht, und keinen interessiert's?

Ursula Heinen-Esser: Wir haben in den vergangenen zweieinhalb Jahren gemerkt, dass das Interesse noch nicht so stark ist. Ich vermute aber, dass sich das im Verlauf des Verfahrens entwickeln wird. Umso wichtiger ist es, dass wir auf Transparenz und darauf achten, dass das Thema auf der Agenda bleibt. So hat gerade der Bundesumweltausschuss sein öffentliches Fachgespräch zu den Empfehlungen der Endlagerkommission geführt – auch zu den Erkenntnissen aus der Beteiligung der Bürger im Internet.

Wolfram König: In dem Moment, in dem das Suchverfahren nicht mehr nur abstrakt auf dem Papier steht, sondern konkret ein Standort zur Debatte steht, wird das Interesse der Bürger und Bürgerinnen schlagartig zunehmen – nicht nur in den betroffenen Regionen. Darauf sind wir vorbereitet, indem wir im gesamten Prozess darauf achten, die Bürger und Bürgerinnen mitzunehmen und unser Tun, aber auch das Lassen verständlich zu erklären.

Ist durch den Atomausstieg der Eindruck entstanden, dass das Problem im Großen und Ganzen gelöst ist?

WK: Das ist in der Tat so. Politisch und gesellschaftlich gibt es die Tendenz, das Problem nicht in Gänze wahrzunehmen, vielleicht sogar als gelöst anzusehen. Wir müssen damit rechnen, dass sich immer weniger Menschen mit dem Thema auseinandersetzen werden. Dem gegenzusteuern ist eine große Aufgabe und Herausforderung. Das Angebot zur Bürgerbeteiligung im Internet hat gezeigt, dass das Engagement, selbst bei direkter Ansprache und dem Hinweis, dass man kommentieren und mitdiskutieren kann, eher zaghaft ist.

Trägt dazu nicht auch das Atom-Fachchinesisch bei?

H-E: Sicher sind einige Teile des Berichts der Endlagerkommission in Wissenschaftsdeutsch formuliert, das kann aber auch gar nicht anders sein. Wir waren dennoch bemüht, dass wir uns insbesondere dort, wo es um politische Verantwortlichkeiten und gesellschaftliche Beteiligung geht, verständlich ausdrücken. Gleichzeitig müssen wir auch die technischen Aspekte so übersetzen, dass die Menschen verstehen, worum es geht, und so Interesse haben, sich zu beteiligen. Das ist bei diesem komplexen Thema nicht einfach. Aber im Fall der Asse haben wir dazu bereits erste Erfahrungen gesammelt.

Bisher war das BfS für Genehmigungen zuständig und neben der Deutschen Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe mbH (DBE) und der Asse-GmbH auch für den Betrieb der Standorte verantwortlich. Nun gibt es mit dem BfE sowohl ein neues Bundesamt als auch mit der BGE eine neue Gesellschaft. Wozu eigentlich?

WK: Es war der Wunsch aller, klare und auch für Außenstehende durchschaubare Strukturen zu schaffen.

In der Tat hat das BfS Genehmigungen erteilt, zum Beispiel für Castor-Transporte oder Zwischenlager für hochradioaktive Abfälle. Es war aber gleichzeitig auch Betreiber der Standorte Asse, Morsleben, Konrad und Gorleben. Auch wenn sich die Genehmigungs- und Betreiberaufgaben auf völlig unterschiedliche Bereiche bezogen, wirkt es für Außenstehende, als ob sich hier der Betreiber womöglich selbst reguliert. Das schafft unnötig Verwirrung und zehrt an der Glaubwürdigkeit und am Vertrauen.

Des Weiteren hat das BfS für die Arbeiten vor Ort Gesellschaften wie die DBE beauftragt. An diese war das BfS über einen alten Vertrag aus den 1980er-Jahren gebunden. Die ehemals staatliche Gesellschaft gehört heute nach Privatisierungen mehrheitlich den Energieversorgungsunternehmen. Das heißt, bei den Endlagerprojekten war bislang eine Gesellschaft als Akteur mit an Bord, die den Großteil des Atommülls verursacht hat. Mit der neuen Struktur gibt es jetzt eine klare Trennung. Ein Amt, das die Aufsicht führt, und eine bundeseigene Gesellschaft, die für den Betrieb der Endlager zuständig ist und die Endlagerstandortsuche durchführt.



Frau Heinen-Esser, in der Stuttgarter Zeitung stand, dass Ihnen Herr König in Zukunft auf die Finger guckt, bisher war es ja umgekehrt. Wie fühlen Sie sich in der neuen Rolle?

H-E: (lacht) Daran muss ich mich erst noch gewöhnen. Aber im Ernst: Ich denke, dass diese Arbeitsteilung gut funktionieren wird. Wir arbeiten ja schon seit einigen Jahren zusammen, und aus dieser Erfahrung heraus bin ich sehr froh, dass wir mit Herrn König einen Präsidenten beim BfE haben, der so viel Kompetenz in diesem Bereich mitbringt, wie man sie sonst eigentlich nicht findet. Es würde schwieriger mit jemandem, der diese Erfahrung nicht hat. Ich freue mich jedenfalls sehr auf die Zusammenarbeit.

WK: Das kann ich nur zurückgeben. Die Endlagersuche ist ja nicht nur eine technische oder naturwissenschaftliche Herausforderung, sondern eine gesellschaftliche und auch eine politische. Und da ist Frau Heinen-Esser mit ihrer Erfahrung im Parlament und in der Bundesregierung eine ganz wichtige Partnerin.

Gibt es dadurch, dass die Standorte Asse, Morsleben und Konrad nun von ein und derselben Gesellschaft betrieben werden, Synergieeffekte?

H-E: Es gab durch die bisherige Struktur natürlich Reibungsverluste. Durch die Zusammenführung kann der Betrieb für die bestehenden Projekte, aber auch die Endlagersuche wesentlich effizienter gestaltet werden.

WK: Ich war als Betreiber immer wieder damit konfrontiert, dass vieles länger dauerte, als wir es uns gewünscht haben. Nun werden hinderliche Schnittstellen abgebaut.

Welche Erfahrungen mit der Asse-Begleitgruppe kann man mitnehmen in die Zukunft?

H-E: Ich habe auch als Vorsitzende der Endlagerkommission immer Wert darauf gelegt, die Erfahrungen aus der Asse-Begleitgruppe zu berücksichtigen. Sie ist ja im Grunde das erste große öffentliche Instrument der Beteiligung bei diesem Thema. Auch wenn sich die Erfahrungen nicht einfach auf die anderen Standorte oder die künftige Endlagersuche übertragen lassen, kann man viel daraus lernen – gerade auch bei der Betrachtung und Analyse von Kon-

fliksituationen. Auch da, wo es vielleicht mal nicht so gut läuft, bekommen wir Rückschlüsse für die Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Suche nach einem Endlager für hochradioaktiven Abfall.

WK: Die Erfahrung mit der Begleitgruppe lehrt zum Beispiel, dass wir von Beginn an klar definieren müssen, wer welchen demokratisch legitimierten Auftrag hat und wie wir auch bei nicht lösba- ren Auffassungsunterschieden handlungsfähig bleiben. Es muss klar sein, wer welche Interessen vertritt, welche Aufgaben Parlament und Parteien haben und welche Rolle zum Beispiel Bürgerinitiativen einnehmen. Es muss durch geeignete Mittel sichergestellt werden, dass keine Interessengruppe den Dialog bestimmt und den Eindruck erweckt, sie würde für das Allgemeinwohl sprechen. Und es muss klar sein, dass viele Themen, etwa die Frage nach einem Zwischenlager oder der Strahlenbelastung, nicht an den politischen Grenzen einer Gemeinde oder eines Kreises enden.

„Es muss klar sein, wer welche Interessen vertritt und wer welche Aufgaben hat“

Aber es sind ja meist Regionen oder, besser gesagt, sehr begrenzte räumliche Bereiche, die die Last aller tragen.

WK: Deswegen muss allen klar sein, dass die Entsorgung eine nationale Aufgabe ist und es eine entsprechende Anerkennung und Entschädigung für diese Belastungen geben muss. Das ist ja bei der Asse oder bei Konrad bereits durch öffentliche Geldfonds in Angriff genommen worden, aber darüber hinaus muss es Entwicklungsperspektiven geben.

Seit 2011 ist ja schon viel passiert: Das Endlagersuchgesetz wurde auf den Weg gebracht, die Behördenstruktur erneuert, die Energieversorger zahlen in einen Rücklagentopf ein. Wie kann es bei der Standortsuche so zügig weitergehen?

WK: Hier sind natürlich die politisch Verantwortlichen maßgeblich gefordert. Es darf bis zur Festlegung eines Standorts für ein Endlager in Deutschland keinen Zweifel geben, dass diese Aufgabe konzentriert und im Interesse des Gemeinwohls verfolgt wird. Entscheidend wird die Phase sein, wenn konkrete Regionen zur Auswahl stehen.

Im Augenblick herrscht ein großer Konsens in der Politik. Ist aber nicht schon absehbar, dass die Politik bremsen wird, wenn es bei der Standortsuche konkret wird? Dass also Politiker und Politikerinnen unpopuläre Entscheidungen ablehnen oder vor sich herschieben?

H-E: Da sind wir vorsichtig optimistisch, dass genau dies nicht passieren wird. Das Engagement der Politik war bislang hervorragend, die Berichterstatter der Fraktionen haben die Kommission stark unterstützt. Sie haben mit dafür gesorgt, dass jetzt schon das Nationale Begleitgremium installiert wird und die Behördenstruktur geändert werden konnte. Wichtig war, dass die Fraktionen zusammengearbeitet haben, und zwar unabhängig von der Regierungskonstellation. Denn die Endlagersuche können Sie nicht mit knappen Mehrheiten durchführen. Es ist wichtig, sie auf eine breite Basis zu stellen.



Wie die Endlagerung in Deutschland geordnet wird

Im Juli hat der Bund die Zuständigkeiten im Bereich der Endlagerung neu organisiert. Verantwortlichkeiten werden klarer abgegrenzt, und Aufgaben können effizienter erledigt werden. Die Neuregelung geht auf eine Empfehlung der Endlagerkommission zurück.

1 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

Das Bundesumweltministerium trägt als Fach- und Rechtsaufsicht die politische Gesamtverantwortung im Bereich der Endlagerung. Das Ministerium beaufsichtigt als Gesellschafter die Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE).

2 Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE)

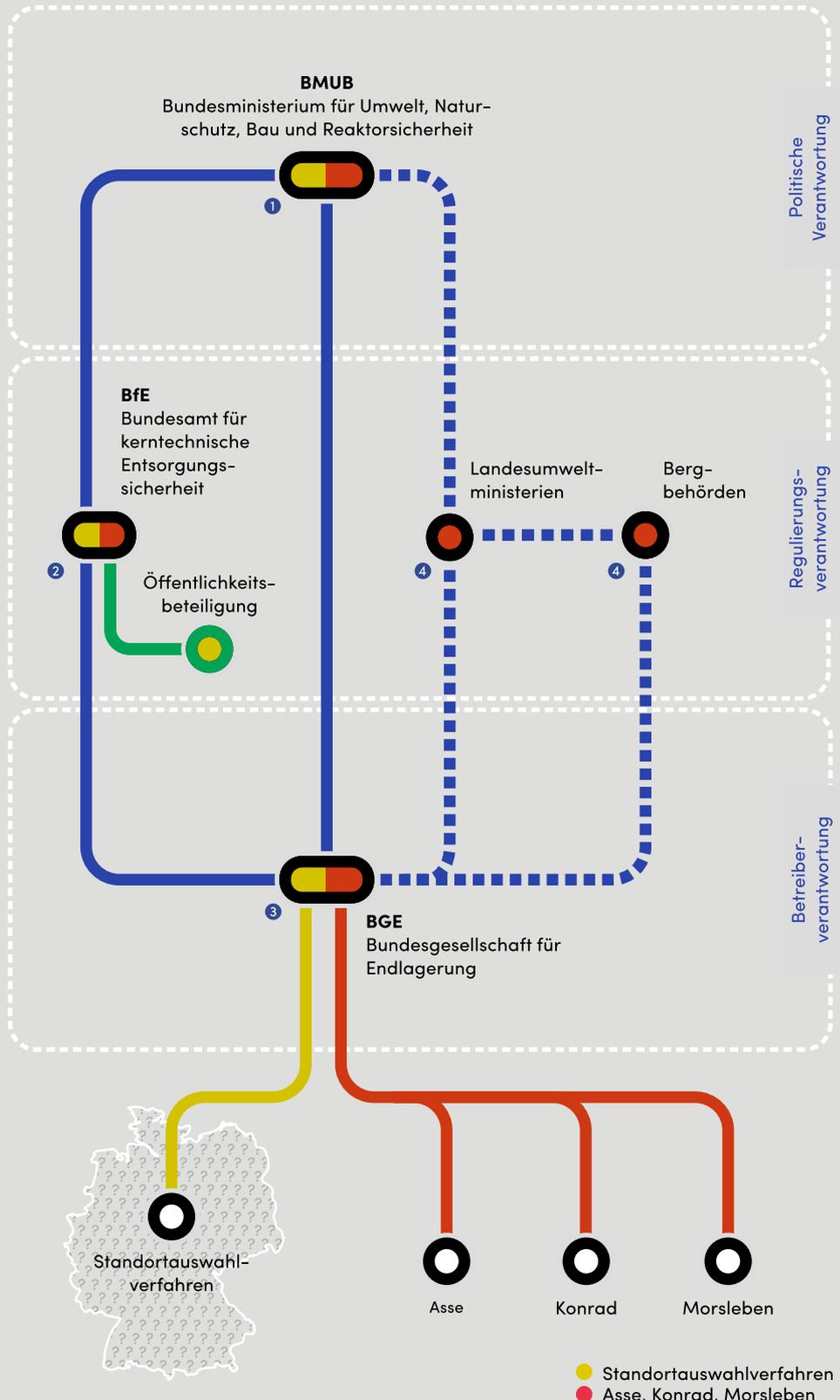
Das BfE ist für das Standortauswahlverfahren verantwortlich. Es ist atom- und bergrechtliche Genehmigungs- und Regulierungsbehörde sowie zuständig für die Öffentlichkeitsbeteiligung. Darüber hinaus ist es atomrechtliche Aufsichtsbehörde im Endlagerbereich, das heißt auch für die Projekte Konrad, Asse und Morsleben.

3 Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE)

Die bisherigen Betreiberaufgaben des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS), der Deutschen Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe mbH (DBE) und der Asse-GmbH werden in einer Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE) zusammengeführt. Das bundeseigene Unternehmen übernimmt die Planung, die Errichtung, den Betrieb und die Stilllegung von Endlagern. Zu den Aufgaben des Unternehmens gehört auch die Suche nach einem Endlagerstandort für hochradioaktive Abfallstoffe in Deutschland.

4 Landesministerien und Bergbehörden

Die Länder Niedersachsen und Sachsen-Anhalt bleiben weiterhin atomrechtliche Genehmigungsbehörde und für die Bergaufsicht der Projekte Asse, Konrad und Morsleben zuständig. Die Zuständigkeit der Länder endet für das Endlager Konrad mit der Inbetriebnahme und beim Endlager Morsleben mit dem Abschluss des laufenden Planfeststellungsverfahrens zur Stilllegung.



● Standortauswahlverfahren
● Asse, Konrad, Morsleben

So nah, so fern

**Asse, Konrad, Morsleben
- alle drei Standorte liegen
nur wenige Kilometer
voneinander entfernt, und
doch unterscheiden sie sich
in vielerlei Hinsicht. Eine
Reise auf der Suche nach
Gemeinsamkeiten und
möglichen Wechselwirkungen**

Um die Ecke: Das stillgelegte Eisenerzbergwerk Konrad liegt nur 20 Kilometer von der Schichtanlage Asse II entfernt. Bis 2022 soll der Umbau zu einem Endlager abgeschlossen sein





Sehen aus wie Bergarbeiter, sind aber an der Asse interessierte Bürger und Bürgerinnen: In Remlingen werden jeden Tag Besuchergruppen in die Tiefen des Bergwerks geführt

Herbstanfang im Braunschweiger Land. Die Sonne scheint und kommt doch über ein melancholisches Goldgelb schon nicht mehr hinaus. Pflüge ziehen Furchen in die abgeernteten Felder, wälzen das Erdreich um, verfärben die Topographie allmählich in ein sattes Braun. Nur die Brennnesseln stehen noch hoch und grün und verdecken beinahe den Wegweiser. „Fukushima 11.800 Kilometer“ steht ganz oben, darunter „Tschernobyl 1.530 Kilometer“, und je näher die Einschläge kommen („Morsleben 30 Kilometer. Schacht Konrad 20 Kilometer“), desto deutlicher wird: Das Schild steht im Grunde genommen verkehrt rum. Denn wer immer diese Städtenamen in Verbindung bringen will, er wird hier anfangen müssen, einhundert Meter die Straße hinauf, und dann mit zehn Metern pro Sekunde hinunter ins Salz. Hinein in die Schachtanlage Asse, dieses Bergwerk, das in der Wahrnehmung zum Symbol des Scheiterns der Endlagerung wurde.

Wenn künftig durch die Umstrukturierungsmaßnahmen die neue Bundesgesellschaft für Endlagerung für den Betrieb von Asse, Konrad und Morsleben zuständig ist, übernimmt sie die Verantwortung für drei Projekte, die zwar ihren Bestimmungszweck gemeinsam haben, sich aber kaum miteinander vergleichen lassen. Zu unterschiedlich sind sie in geologischer, hydrogeologischer und bergbaulicher Hinsicht. Subjektiv aber sind sie miteinander verbunden. Tschernobyl und Fukushima sind Mahnmale, die vor einem leichtfertigen Umgang mit den Risiken der Atomenergie warnen. Und auch wenn das gesamte Strahleninventar der Asse nur einem Zweihundertstel eines einzigen Castorbehälters entspricht, spiegeln die Geschehnisse

hier und die Proteste dagegen die latente Angst wider, wenn es um Atomenergie und Endlagerung geht.

Sebastian Krastel sieht nicht aus wie jemand, der viel Zeit unter Tage verbringt, mit seinem braungebrannten Gesicht wirkt der Geowissenschaftler eher wie ein Segler denn wie ein Bergmann. Tatsächlich ist er in Kiel Professor des Fachbereichs „Marine Geophysik“, doch so schlimm, dass sich nun schon Meeresexperten mit der Asse beschäftigen würden, ist der Wasserzulauf in das ehemalige Salzbergwerk dann doch nicht. Krastel ist mit Studierenden des Seminars „Geologische Grundlagen der Geophysik“ auf Exkursion. Ihn interessieren in erster Linie die geologischen Eigenschaften des Salzgesteins, die sich hier gut beobachten lassen, und er weiß natürlich um den Reiz, den es hat, einmal unter Tage zu sein. „Für die Studis ist es cool, die Erde einmal von innen zu sehen“, sagt er. Geologisch betrachtet ist es mehr oder weniger Zufall, dass es hierher ging, und doch ist die Asse natürlich auch für ihn mehr als nur ein gewöhnliches Bergwerk. Was hier von staatlichen Akteuren versäumt und vertuscht wurde, ist längst auch in Kiel bekannt. Krastel findet es gut, dass seine Schützlinge hier zu einem Blick über den Tellerrand gezwungen werden. „Die Asse ist deshalb so interessant, weil hier zwei Dinge zusammenkommen, die normalerweise getrennt sind: Wissenschaft und Öffentlichkeit. Es ist doch schön, wenn man ein Bild von der gesellschaftspolitischen Relevanz des eigenen Tuns bekommt.“

Im Herbst 2016 geht es in der Anlage sehr geordnet zu, mit klaren Regeln. Eine davon begrenzt die Geschwindigkeit auf der Hauptverkehrsstrecke, der



Dr. Sebastian Krastel ist Professor am Kieler Institut für Geowissenschaften. Mit seinen Studierenden hat er die Asse besucht



Norbert Nimbach ist Vizepräsident des Bundesamtes für Strahlenschutz und arbeitet seit 1992 für die Behörde

Wendel, auf 30 km/h. Mit gutem Grund, denn wenn es über Tage regnet, wird die ohnehin schon glatte Fahrbahn durch die Luftfeuchtigkeit der Grubenluft schnell rutschig hier unten. 30 km/h sind auch vollkommen ausreichend, denn wer zum ersten Mal unter Tage ist, in 500 Metern Tiefe bei 30 Grad in Tunneln, die mit ihren weißen, ausgefrästen Rundbögen aussehen, als hätte Antoni Gaudí sie erträumt, der bekommt so schnell den Mund nicht mehr zu. Die Luft schmeckt nach Salz. Über die Wendel geht es in Serpentina nach unten, an einer Weggabelung freut sich ein blinkender Smiley über die Einhaltung des Tempolimits. „Krass, was der Mensch alles macht“, ruft eine Studentin. Es ist anerkennend gemeint, was die Asse betrifft, genauso gut aber auch umkehrbar.

Niemals, darüber herrscht heute Einigkeit, hätten hier schwach- und mittelradioaktive Abfälle eingelagert werden dürfen. Viel zu hoch ist der Durchbaugrad des Bergwerks, viel zu nah reichen die früheren Abbaukammern, die zudem erst spät verfüllt wurden, an das Deckgebirge heran. Und dann ist da natürlich noch das Wasser. Rund 12.500 Liter gesättigte Salzlösung aus grundwasserführenden Schichten dringen jeden Tag in das Grubengebäude ein, müssen gesammelt und wieder über Tage gepumpt werden. Deswegen müssen die Abfälle nun wieder raus, bevor das Wasser sich neue Wege durch das Salz sucht und die Anlage absäuft. Es ist ein Mammutprojekt, denn von manchen Fässern ist nicht einmal bekannt, wie sie eingelagert wurden, und von den wenigsten, wie sich seitdem der Gebirgsdruck auf ihre Lage in den verschlossenen Einlagerungskammern ausgewirkt hat. Erkundung der Kammern, Entwicklung der benötigten Rückholungstechnik, Bau eines Bergeschachts, Bau eines Zwischenlagers, Stabilisierung des Grubengebäudes, Notfallvorsorge. Alles muss gleichzeitig stattfinden, alles unterliegt dem strengen Atomrecht, alles dauert quälend lang. Im Jahr 2033, so die aktuelle Planung, soll mit der Rückholung begonnen werden. Entsprechend skeptisch ist Sebastian Krastel, als es zurück an die Oberfläche geht. Dem Wissenschaftler geht es nicht anders als vielen Menschen, die kritisch auf die Endlagersuche blicken. „Ohne Experte auf diesem Gebiet zu sein, frage ich mich schon, ob Salzgestein für die Endlagerung wirklich geeignet ist.“

20 Kilometer weiter, wenn der Wegweiser stimmt, großzügig zwischen die frisch gepflegten Felder gestreut, liegen die 31 Stadtteile von Salzgitter. Neben dem Ort Bleckenstedt erhebt sich der denkmalgeschützte Förderturm von Schacht Konrad, darunter herrscht auf einer Baustelle reges Treiben, denn es haben die Anlagen doch gemein: Alle drei sind als Arbeit- und Auftraggeber wichtige Wirtschaftsfaktoren an ihren jeweiligen Standorten geworden.

In fünf Minuten geht es unter Tage, durch eine 400 Meter dicke, wasserundurchlässige Tonschicht, hinein ins Eisenerz. Der Unterschied zur Asse ist offenkundig. Es ist dunkler, düsterer, wo man auch hin-

blickt, alles hier ist braun: Böden, Decken, Wände, die unter Tage natürlich anders heißen – Sohlen, Firste, Stöße nämlich. Im Schein der Grubenlampe tanzt brauner Staub, es ist laut, überall wird gearbeitet. Mindestens ein Gebirgsanker pro Quadratmeter stabilisiert die Strecken, Netze schützen gegen herausbrechendes Gestein; in den Bereichen, die später für den Endlagerbetrieb benötigt werden, kommt zusätzlich Beton zum Einsatz. Dort ist es grau. Antoni Gaudí wäre enttäuscht.

25 Jahre, 290.000 Einwendungen und acht Gerichtsverfahren hat es gedauert, bis im Jahr 2007 der Planfeststellungsbeschluss für Konrad als Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle höchst-richterlich bestätigt war. Seitdem laufen die Umbauarbeiten. Trotz des regen Betriebs wird es noch mindestens bis zum Jahr 2022 dauern, bis endlich die ersten Abfälle eingelagert werden können.

Norbert Nimbach steht in Einlagerungskammer 108, einem sieben Meter breiten und sechs Meter hohen Tunnel, der irgendwann im Dunkel endet. Verglichen mit den großen Abbaukammern, in denen in der Asse Atommüll eingelagert wurde, oder den riesigen Salzkathedralen, in denen in Morsleben die Fässer gestapelt oder verstürzt wurden, geht es hier beinahe klaustrophobisch eng zu. Die Bewegungen im umliegenden Gebirge, die beim Bau der viel größeren Einlagerungstransportstrecke aufwendige Vorsorgemaßnahmen nötig machen, sollen auf diese Art möglichst gering gehalten werden. Außerdem sehen die Planungen vor, die Kammern nach dem Einlagern zur Stabilisierung und zum Strahlenschutz mit Magerbeton zu verfüllen, wofür sie natürlich möglichst klein gehalten werden sollen. „Eine Rückholung intakter Behälter ist dann nicht mehr möglich“, sagt Nimbach. Er ist Vizepräsident des Bundesamtes für Strahlenschutz. Seit

Auch tief unter der Erde und doch ganz anders: In Schacht Konrad ist die Erde braun, im Gegensatz zum weißen Salz der Asse



Reportage



Hagen Friedrichs ist Bürgermeister von Beendorf, einer Nachbargemeinde von Morsleben. Um sich ein eigenes Bild zu machen, fährt er jedes Jahr in das Bergwerk ein

Altlasten, nicht nur aus DDR-Zeiten: Das Salzbergwerk Morsleben liegt in Sachsen-Anhalt an der Landesgrenze zu Niedersachsen. Seit den 1970er-Jahren lagert auch hier radioaktiver Abfall

1992 arbeitet er für die Behörde und weiß nur allzu gut, wie schnell die Asse auch im Erz von Konrad sehr präsent werden kann. „Konrad war von Anfang an ohne Rückholung geplant“, sagt er und muss dabei gegen den Lüfter anschreien. „Und so wurde es auch genehmigt unter Berücksichtigung aller Sicherheitsanforderungen.“ Doch seit bekannt ist, dass die in der Asse eingelagerten Abfälle rückgeholt werden sollen, werden Stimmen laut, die diese Option auch für Konrad fordern. Und als im Januar 2015 im Nationalen Entsorgungsprogramm der Bundesregierung der Satz stand, eine Einlagerung der Asse-Abfälle in Schacht Konrad solle nach Inbetriebnahme des Endlagers geprüft werden, stand kurz darauf das gesamte Braunschweiger Land auf den Barrikaden und verlangte im „Appell der Region“ nicht nur, die Pläne sofort zu begraben, sondern gleich das ganze Endlagerprojekt Schacht Konrad zu beerdigen.

Generell glaubt Nimbach, dass die Akzeptanz für das BfS gestiegen ist, seit Wolfram König 1999 das Amt des Präsidenten übernommen und für mehr Transparenz der Bevölkerung gegenüber gesorgt hat. „Dass wir die Öffentlichkeitsarbeit auf komplett neue Füße gestellt haben, wird schon respektiert.“ Und doch weiß er, wie schnell der Wind wechseln kann. „Wir sind eben auch Vertreter des Staats“, sagt er und wirkt beinahe etwas lakonisch, als er wieder in den Förderkorb steigt. „Und das Vertrauen in politische Akteure hat kontinuierlich abgenommen. Das spüren wir bis heute.“ Dann rastet die Fahrkorbtür mit einem lauten Schlag ein.

Weiter nach Morsleben, die A2 entlang in Richtung Osten, zum Endlager der ehemaligen DDR, in das von 1994 bis 1998 auch westdeutsche Abfälle eingelagert wurden. Zurück ins Salz. Auch Morsleben würde heute nicht mehr als Atomendlager genehmigt werden, auch hier ist der Durchbauungsgrad viel zu hoch, anders als in der Asse wurde aber recht-

zeitig mit der Stabilisierung des Grubengebäudes begonnen. Das Wasser, das hier in einem Jahr aus grundwasserführenden Schichten zutritt, entspricht der Menge, mit der die Asse an einem Tag zu kämpfen hat. Morsleben soll deshalb mitsamt seines Strahleninventars stillgelegt werden. Das Planfeststellungsverfahren geht allerdings nicht voran, zuerst sollen, so hat es die Entsorgungskommission, ein Beratungsgremium des Bundesumweltministeriums, angemahnt, die Langzeitsicherheitsbetrachtungen auf den aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik gebracht werden. Die geplanten Abdichtbauwerke, mit denen Einlagerungsbereiche langfristig von der Biosphäre isoliert werden sollen, sind eine technische Herausforderung. Diese Situation hätte in der Asse vermutlich zu einem Proteststurm geführt. In Morsleben aber bleibt alles ruhig. Warum?

Hagen Friedrichs ist Bürgermeister der Nachbargemeinde Beendorf, die über die Schachanlage Marie mit Morsleben verbunden ist. Er hat die Frage schon oft gehört und auch die im Westen gängige Antwort darauf. „Natürlich haben die Ostdeutschen nach der Wende erst mal andere Sorgen gehabt, als sich mit Atomendlagerung zu befassen“, sagt er. „Aber dass wir immer mit allem einverstanden sind und uns nicht wehren, ist einfach nicht so.“ Seines Erachtens liegt der Unterschied eher in verschiedenen Herangehensweisen. Er glaubt, dass fast jeder Beendorfer mittlerweile einmal unter Tage war und sich die Sache angesehen hat. Er selbst fährt ein bis zweimal im Jahr mit Kollegen oder anderen Interessierten aus der Region ein. Und er sagt, er kenne Leute, die ihr Leben lang einfahren. „Ich weiß nicht, ob man das alles infrage stellen muss“, so Friedrichs. Die staatlichen Kontrollmechanismen, das hat sich seiner Meinung nach in Morsleben gezeigt, funktionieren auch ohne lautstarken Protest.

Der Schacht Marie dient heute nur noch als Bewetterungsschacht für das Endlager, doch noch immer türmt sich neben der Schachthalle eine Salzhalde auf. Gegenüber liegt das ehemalige Verwaltungsgebäude, in dem die Grundschule untergebracht ist. Vermutlich muss sie bald schließen, es fehlt an Geld, es fehlt auch an Schülern, Endlager sind nicht unbedingt ein Standortvorteil, und anders als für die Regionen um Asse und Konrad gibt es für Morsleben keinen Ausgleichsfonds, der Anreize setzen könnte. Aber Friedrichs will nicht jammern, bloß keine Klischees bedienen. Er hält kurz inne und sagt dann: „Wahrscheinlich hätten wir auch nein gesagt, wenn wir gefragt worden wären: bei uns nicht! Aber jetzt leben wir eben mit dieser Sache. Irgendwo muss der Müll ja hin.“

Fabian Jonas ist Redakteur und Autor – unter anderem für das Fußballmagazin „11 Freunde“ und den „Tagesspiegel“. Mit seinen Texten gewann er bereits den Henri-Nannen-Preis und den Grimme Online Award.

